

Die Forderungen der „Gelbwesten“

Keine Obdachlosen

Seit 2001 ist die Zahl der Wohnungslosen um 50 % gestiegen (laut Fondation Abbé Pierre).

Höhere Progressivität bei der Einkommenssteuer (also mehr Abstufungen)

Die sog. Reichensteuer (75 % für Einkommen ab 1 Mio. Euro) wird seit 2015 nicht mehr angewendet.

Mindestlohn von 1.300 Euro netto

Aktuell liegt er bei 1.150 Euro im Monat.

Förderung von kleinen Unternehmen und Geschäften in den Dörfern und Innenstädten. Keine weitere Konstruktion von großen Gewerbegebieten an den Rändern der Großstädte, die den Einzelhandel ersticken. Plus: Kostenlose Parkplätze in den Innenstädten.

Umfassender Plan zur (Energie-)Isolierung der Wohnungen (den Umweltschutz mit Einsparungen für die Haushalte verbinden)

Die großen Konzerne (McDonalds, Google, Amazon, Carrefour) sollen bei der Besteuerung großes Geld bezahlen, die kleinen Unternehmen (Handwerker, kleine und mittlere Betriebe) sollen kleines Geld zahlen.

Einheitliches Sozialversicherungssystem für alle (inklusive Handwerker und kleine Selbstständige). Abschaffung der Selbstständigen-Sozialversicherung (RSI).

Der "RSI" wird bis 2020 sukzessive abgeschafft.

Das Rentensystem muss solidarisch und darum vergesellschaftet bleiben. Kein Rentensystem nach Punkten.

Großer Widerspruch zu Macron, der die Renten aus dem Generationenvertrag lösen will und stärker auf Eigenverantwortung setzt. Er favorisiert ein Punktesystem, nach dem jeder Erwerbstätige Kapital für seine Rente ansammelt.

Keine weitere Erhöhung der Treibstoffsteuern

Keine Rente unter 1.200 Euro (monatlich)

Aktuell liegt die Mindestrente bei 630 Euro, die meisten Franzosen bekommen eine viel höhere Rente (ca. 1.400 Euro). Die Durchschnittsrente ist in Frankreich höher als in Deutschland, obwohl die Löhne im Durchschnitt eher niedriger sind.

Jeder gewählte Abgeordnete hat das Recht auf den Durchschnittslohn. Die Reisekosten werden überprüft und erstattet, wenn sie gerechtfertigt sind. Die Abgeordneten haben das Recht auf Restaurant- und Urlaubsgutscheine.

Die Gehälter aller Franzosen, die Renten und die Sozialleistungen müssen der Inflation angepasst werden.

Schutz der französischen Industrie. Standortverlagerungen verbieten. Der Schutz unserer Industrie bedeutet den Schutz unseres Fachwissens und unserer Arbeitsplätze.

Es ist juristisch nicht möglich, einem Konzern vorzuschreiben, wo er sich ansiedelt.

Schluss mit der Entsendung von Arbeitnehmern. Es ist nicht akzeptabel, dass jemand, der in Frankreich arbeitet, nicht das gleiche Gehalt und die gleichen Rechte erhält. Jeder, der auf französischem Gebiet arbeitet, muss den französischen Staatsbürgern gleichgestellt sein, und sein Arbeitgeber muss ebenso viel Abgaben zahlen wie ein französischer Arbeitgeber.

Die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge für große Unternehmen muss weiter begrenzt werden. Wir wollen mehr unbefristete Arbeitsverträge.

Beendigung des Programms der Steuergutschriften für die "Förderung des Wettbewerbs und der Beschäftigung". Dieses Geld soll zur Förderung einer französischen Wasserstoffauto-Industrie eingesetzt werden (die im Gegensatz zu Elektroautos wirklich ökologisch ist).

Das System, nach dem Unternehmen Steuergutschriften geltend machen können, soll abgeschafft werden ab 2019. Stattdessen hat Macron die Steuern für Unternehmen und Kapitaleinkünfte gesenkt, was ihm den Beinamen "Präsident der Reichen" bescherte.

Ende der Austeritätspolitik. Einstellung der Zinszahlungen auf Schulden, die illegitim geschätzt wurden. Beginn der Schuldentilgung, ohne das Geld der Armen und weniger Armen zu nehmen, sondern indem wir die 80 Milliarden Euro aus hinterzogenen Steuern aufspüren: Frankreich spart nicht, sondern gibt mehr Geld aus.

Die Staatsverschuldung liegt bei 99 % des Bruttoinlandsproduktes.

Bekämpfung der Fluchtursachen, die Migration erzwingen

Faire Behandlung von Asylbewerbern. Sie brauchen Unterkunft, Sicherheit, Nahrung und Bildung für Minderjährige. Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (UN), um sicherzustellen, dass in zahlreichen Ländern der Welt Auffanglager eröffnet werden, in denen die Antragsteller die Resultate des Verfahrens abwarten.

Abgelehnte Asylbewerber sollen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden

Umsetzung einer Politik zur echten Integration. In Frankreich zu leben heißt, französisch zu werden (Französischkurse, Kurse in französischer Geschichte und in staatsbürgerlicher Bildung mit Abschlusszertifikat).

Das maximale Gehalt soll auf 15.000 Euro monatlich festgelegt werden.

Für die Chefs von Staatsbetrieben gibt es in Frankreich bereits eine Gehaltsobergrenze.

Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose

Erhöhung der Leistungen für Menschen mit Behinderung

Begrenzung der Mieten. Mehr bezahlbaren Wohnraum. Besonders für Studenten und prekär Beschäftigte.

Verbot des Verkaufs staatlicher Grundstücke und Einrichtungen (etwa Flughäfen)

**Bereitstellung erheblicher Mittel für Justiz, Polizei, Gendarmerie und Militär.
Bezahlung oder Ausgleich für die von Ordnungskräften geleisteten Überstunden.**

**Die Einnahmen aus den Mautgebühren sollen vollständig für den Erhalt der
Autobahnen, Straßen und Verkehrssicherheit verwendet werden**
Ein Großteil der Autobahnen ist privatisiert. Der Staat müsste sie renationalisieren.

**Seit der Privatisierung sind die Preise für Gas und Strom gestiegen. Wir fordern, dass
beides wieder öffentlich wird und die Preise entsprechend gesenkt werden.**

**Keine weiteren Schließungen von Bahnlinien, Postämtern, Schulen und
Geburtskliniken.**

**Steigerung der Lebensqualität für ältere Menschen. Verbot, mit älteren Menschen Geld
zu verdienen. Die Zeit des "Grauen Golds" ist vorbei, die Zeit des "Grauen
Wohlergehens" beginnt.**

Das würde eine völlige Verstaatlichung der Unterbringung und Versorgung älterer Menschen
bedeuten. Ein Vorschlag, der nur von den extremen linken und rechten Lagern gestützt wird.

**Volksentscheide sollen in die Verfassung aufgenommen werden. Einrichtung einer
verständlichen und effizienten Internetseite, die durch ein unabhängiges Gremium
kontrolliert wird, und auf der Bürger ihre Gesetzesvorschläge einbringen können.
Erhält einer dieser Vorschläge 700.000 zustimmende Unterschriften, muss er in der
Nationalversammlung diskutiert und gegebenenfalls ergänzt und verbessert werden. Die
Nationalversammlung soll dazu verpflichtet werden, einen solchen Vorschlag (ein Jahr
nach dem Eingang der notwendigen 700.000 Unterschriften) den Franzosen zur
Abstimmung vorzulegen.**

**Rückkehr zur siebenjährigen Amtszeit für den Präsidenten (Die Wahl der
Abgeordneten zwei Jahre nach der Präsidentschaftswahl übermittelt dem Präsidenten
ein positives oder negatives Signal hinsichtlich seiner Politik. Sie trägt somit dazu bei,
der Stimme der Bürger Gehör zu verschaffen)**

2002 wurde die siebenjährige Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre verkürzt.

**Rente mit 60 Jahren. Alle Personen, die körperlich schwer arbeiten (beispielsweise
Maurer oder Schlachthausarbeiter) sollen das Recht haben, ab 55 Jahren in Rente zu
gehen.**

Das Renteneintrittsalter liegt bei 62 Jahren.

**Für Kinder, die keine Ganztagschule besuchen können, sollen die Zuschüsse zur
Betreuung über das sechste Lebensjahr hinaus bis zum zehnten Lebensjahr des
Kindes verlängert werden.**

Förderung des Gütertransports auf Schienen

Keine lebenslangen Bezüge für Präsidenten

Neben den monatlichen Bezügen hat jeder Ex-Präsident das Recht auf eine möblierte
Wohnung, Polizeischutz, Auto plus Chauffeure und mehrere feste Mitarbeiter.

Verbot einer Gebühr für Händler, wenn ihre Kunden mit Kreditkarte bezahlen

Die Geldinstitute erheben diese Gebühr.

Besteuerung von Schiffsdiesel und Kerosin